

Saale-Beitung.

Sechsbunddreißigster Jahrgang.

Bezugpreis

Für Halle vierteljährlich 2,50 M., halbjährlich 4,75 M., durch die Post 3,25 M., ansehl. Zustellungsgebühr. Abstellungen werden von allen Reichs-Postämtern angenommen. Im einzelnen Zeitungs-Verzeichnis unter Nr. 6816 eingetragen.

Für die Redaktion verantwortlich: Max Scharre in Halle. Erscheint von 10^h bis 12^h Uhr. (Erscheinung: Redaktion Nr. 2552. - Druckerei Nr. 176.)

Anzeigen

werden die Spaltenpreise oder deren Raum mit 50 Hg., solche aus Halle mit 20 Hg. berechnet und in der Expedition, von untern Annoncenstellen und allen Annoncen-Expeditoren angenommen. (Klassen die Seite 75 H.) Erscheint wöchentlich fünfmal, Sonntags und Montags einmal, sonst zweimal täglich.

(Der Abdruck unserer Original-Artikel ist nicht gestattet.)

Nr. 111.

Halle a. d. Saale, Sonnabend, den 7. März

1903.

Politische Wochenchau.

Die letzte Woche hat die seit einiger Zeit schon erwarteten Veränderungen in den höheren Verwaltungskreisen zur Lastade werden lassen und zwar sind sie umfangreicher erfolgt, als man anfangs annehmen konnte. Die Reichhaltigkeit des Repertoires muß die Ansicht verstärken, daß es der Regierung bei den Um- und Neubeziehungen der verschiedenen Präsidentenposten nicht in letzter Linie darum zu tun war, ihren gegenwärtigen Standpunkt zu den bevorstehenden Wahlen anzudeuten. Trifft diese Annahme zu, so werden diejenigen, die etwa an eine, wenn auch nur geringe Verrückung der Regierung glauben mochten, enttäuscht worden sein, wenn auch zugegeben werden kann, daß ein etwas gewähliger Zug bei der Neubeziehung sich bemerklich machte. Daß dem Grafen Bülow beim Zusammengehen mit seinen „dankbaren“ Agrariern und deren Anbange mandant ungenügend zu Mute wird, daß er es wünscht, sich von Zerwürfens der äußeren Rechte frei zu machen, wäre nicht verwunderlich, und sich Begehren ist auch aus den Neubeziehungen unverkennbar herauszulesen; nur scheint es uns zweifelhaft, ob der Reichstanzler nicht wieder auf halbem Wege stehen geblieben ist, indem er fast alle neu ernannten oder in andere Provinzen versetzten Präsidenten aus dem konservativen Lager bezog. Graf Bülow wird vielleicht auch noch mal einsehen, daß die Erkenntnis von der Notwendigkeit einer straffen Direktion an sich nichts nützt, wenn sie nicht in die Tat umgesetzt wird. Aber man kann sich eben trotz aller schimmernden Erfahrungen, die man mit den widerspenstigen Großgrundbesitzern gemacht hat, nicht von dem auf altpräussischer Tradition beruhenden Vorurteil trennen, daß nur mit Hilfe der Rechte ein Regiment möglich sei. Und so lange diese Tradition noch gepflegt wird, ist an Befreiung und Fortschritt in den Beziehungen der leitenden Staatsmänner nicht zu denken. Die Richtung, aus der der Wind kommt, ist unentwegt die östliche, wenn auch die Wetterbahn vorübergehend ein wenig nach Westen, hin und wieder auch etwas nach Süden, weicht.

Als Ironie des Schicksals muß es dieser Tradition gegenüber bezeichnet werden, daß die „staatsverbalten“ Parteien hin und wieder auch versagen und es der Linken überlassen bleibt, die Wünsche der Regierung durchzuführen. Im vorigen Jahre unternahm, wie erinnerlich, die Rechte gegen die Umwandlung des Hamburger Bahnhofs einen Vorstoß, den die Linke parierte und zurückwies. Gegen wen sich seine Spitze damals richtete, ist bekannt. Dieser Tage nun verfechtete dieselbe Rechte, den neuangeordneten Unterstaatssekretär im Ministerium der öffentlichen Arbeiten zu freiden. Das Verfechten der Konservativen ist dabei ganz offenkundig. Man verweigerte dem Minister Bülow den Unterstaatssekretär, um bei der Regierung eine ältere Forderung durchzuführen, nämlich die Abtrennung der Wasserstraßen vom Ministerium der öffentlichen Arbeiten und ihre Zuteilung an das Landwirtschaftsministerium. Daß die Wasserbauverwaltung im Hinblick auf das Allgemeininteresse die bekannte wasserwirtschaftliche Vorlage in ihrer jetzigen großartigen Gestalt vorlege, paßt natürlich den an sich verkehrsfreundlichen Agrariern wenig in ihren Kramp und sie hoffen durch Zuweisung der Wasserstraßen an das Reichsamt der Landwirtschaftsministerium nicht nur die eigenen Vorteile in den Vordergrund zu stellen, sondern das Mittelstandsanalysen überhaupt zu schließen zu bringen. Laß es sich dabei in Herrn v. Robbielski nicht täuschen wüßten, geht wohl allein schon aus dessen „gefügigtem“ Wort vom Landrat her. Die Wasserbauverwaltung einem technisch gebildeten Unterstaatssekretär unterstellen zu wollen, erscheint als ein durchaus gesunder Gedanke, und es bliebe abzuwarten, ob mit der Zeit sich nicht daraus ein besonderes Wasserbauministerium entwickeln würde.

Oder ist die Rechte vielleicht erhofft, daß Herr Bülow im Reichstage sich selbst den „obersten Eisenbahnarbeiter“ genannt und verkündet hat, er sei bereit, Tag und Nacht für das Wohl seiner Untergebenen zu arbeiten? Der Eisenbahnminister war bekanntlich wegen seiner zweifelhafte Stellung zur Reaktionsfreiheit der Eisenbahnarbeiter mehrfach angegriffen worden. Er hat nun in den Parlamenten auf diese Angelegenheit geantwortet und in großer Ausführlichkeit sein Verhältnis zu den Beamten und Arbeitern der Eisenbahn klarzulegen versucht. Im Reichstage erklärte Herr Bülow in durchaus ehrlich klingendem Tone, daß er gar nicht daran denkt, die Reaktionsfreiheit zu beschränken. Die Arbeiter könnten so viel Verbände bilden, wie sie wollten, und wären auch sonst politisch ungebunden. Nur dürfen sie sich nicht einer Bewegung anschließen, deren Ziel der Streik sei. Und im Abgeordnetenhaus hielt Herr Bülow zu diesem Thema seine dritte Rede. Die Konservativen behaupten, der Minister sei schon viel zu weit gegangen insofern, als er das Reaktionsrecht der Eisenbahner überhaupt im Prinzip anerkannt hätte. Daß Herr Bülow dieses Recht nicht bestritt, muß schon immerhin als Fortschritt gegenüber seinem Vorgänger v. Thielen anerkannt werden, wenn der eigentliche Wert solchen Fortschrittes auch recht relativer Natur ist. Denn der Minister kann sich eben nicht entschließen, dieses Recht ohne jede Einschränkung anzuerkennen und es geteilt z. B. seinen Beamten nicht, dem Hamburger Verband beizutreten. Aus den Widerprüchen kommt man also nicht heraus: der preussische Staat sichert allen das Reaktionsrecht und einer seiner Minister hebt es zum Teil für 300,000 Leute auf? Auch hier also die gleiche Er-

scheinung wie oben beim Thema Graf Bülow und der Präsidentenwechsel: Man möchte schon, aber möchte auch wieder nicht. Der halbe Schritt ist in der Politik aber schon oft von verhängnisvollen Wirkungen gesehen. Und ist der Reichstanzler mit seiner Erklärung im Abgeordnetenhaus auf die Intervention wegen des Vorbehaltens des Reichsforum in Trier nicht auch wieder auf halbem Wege stehen geblieben? Ist der Unwille in der Bevölkerung gehoben oder ist nicht vielmehr die Bejagung erhöht, die sich jetzt in den immer härter ansichstellenden Rundgebungen gegen die Aufhebung des § 2 des Jesuitengesetzes ausdrückt? Hierin ist auch die Ursache zu suchen, daß die antilustrantone Vereinigung, die schon seit Monaten geplant war, jetzt in die Öffentlichkeit getreten ist. Die Mißstimmung in der Bevölkerung hat einen so hohen Grad erreicht, daß man befürchten muß, es könnten konfessionelle Momente in die Wahlen hineingetragen werden, was durchaus zu vermeiden wäre. Ein härteres, deutlicheres Auftreten des Reichstanzlers hätte also nach dieser Richtung hin Klarheit geschaffen und Folgen vermieden, die zu einer Vermischung politischer und religiöser Elemente zu führen drohen. Es ist nicht dringend genug davor zu warnen, dem tatsächlichen Vorgehen des Zentrum auf diesem Wege zu folgen. Lediglich scheint es, als ob der Bischof Korum seine Kritik an die höheren Töchter von Trier etwas zu früh veröffentlicht hat; denn von Rom aus wurde in ungewohnter Weise abgewartet, und voraussichtlich würdungsvoller, als es von Seiten des deutlichen Reichstanzlers geschah.

Was das Ausland anlangt, so war die vergangene Woche nicht besonders ereignisreich. In Holland bereiten sich abermals große Arbeiterbewegungen vor, die geeignet erscheinen, das Land in schwere wirtschaftliche Nöte zu führen. Die Regierung hat einen Gesetzentwurf gegen den Streik ausgearbeitet, aber es ist dabei in ihrer Bestimmung zu weit gegangen: die legislativischen Maßnahmen, die sie vorschlägt, formen einem Strafverbot gleich, und finden darum in weiten Kreisen Widerspruch, so namentlich auch bei den Liberalen, die da meinen, ein Gesetz, das das Ringen der Arbeiterklassen nach besseren Arbeitsbedingungen und Gehaltssteigerungen niederstößt, ist verkehrt und passe nicht mehr in unsere moderne Zeit. In Mexiko nehmen die Unruhen ihren Fortgang. Die Worte verweigert angeführt der ersten gemeinsamen Vorstellungen der Mächte alles Mögliche an Reformen, aber bei dem Verprechen wird es im letzten Grunde auch diesmal wieder wie schon so oft bleiben. Die Balkanfrage erscheint trotz aller Geschwinde in jüngerer Zeit im letzten Grunde ihrer Lösung kaum näher wie schon vor Jahren. Kn.

Deutsches Reich.

Geld- und Verordnungsamt.

* Das Reichsgeldamt, Kaiser Wilhelm II. ist mit dem Kaiser, dem Großherzog von Oldenburg und dem Prinzen Heinrich an Bord, begleitet von dem Kreuzer „Möbe“ und zwei Zephusbooten gestern nachmittag nach 5 Uhr auf der Reede von Bremerhaven eingetroffen. Der Kaiser begab sich um 6 Uhr an Land und besichtigte die Wobbelbergschleuse des Norddeutschen Kanals, wo die Hauptredakteure v. Fischer und v. Ahlefeld sowie Direktoren v. Schütte die Kaiserliche Yacht, die sich vor dem Kreuzer vorfindet. Um 10 Uhr erfolgte die Rückkehr an Bord des Yachtschiffes „Kaiser Wilhelm II.“

* Reichstanzler Graf Bülow ist gestern nach Bremen abgereist.

* Der deutsche Gesandte in Lissabon, Graf Tattenbach, erhielt den Stern zum Orden Alexander zweiter Klasse mit Eichenlaub, der Geheimlegationsträger Krieger im Auswärtigen Amt den Orden Alexander zweiter Klasse mit Eichenlaub, der Gouverneur von Ostpreußen, Herr v. Zeyher ein, die Krone zum Orden Alexander dritter Klasse mit der Schleife und Schwertern am Ringe.

Politisches.

* Graf Crailsheim veranlaßt die „Ausg. Abzg.“, die Mitteilung, daß er seinen Reichsratsitz niederlegen wolle, zu demütigen; er sieht sich im Privatleben glücklich und treibe keinen Vorkosten vor, an gerade aber im Herbst an den Beratungen des Reichstages teilzunehmen.

Vollstreckungsamt.

* Zu einer konstanten Korrespondenz der „Allgemeinen Zeitung“ heißt es: Indem sich die Deutsche Bank entschloß, durch Umwandlung der Prozentigen Anleihe von 1888 in eine 4prozentige Anleihe dem türkischen Staat eine beträchtlichen Vorkauf zu Verfügung zu stellen, erleichterte sie damit auch den Abschluss der Verhandlungen wegen der Wagnisabgabe. Das neue 4prozentige Anleihen von 60 Mill. Francs betragen und auf denselben Sicherheiten beruhen, wie das zur Rückzahlung kommende. Aus den Wagnisabgaben ist als wesentlich die Kapitalisierung der flomertischen Gewährleistung zu erwähnen. Diese war in der ursprünglichen Vereinbarung mit 12,000 Francs angesetzt. Die Anatolische Bahngesellschaft ersuchte den Kaiser um 11,000 Francs, wogegen sie von der Regierung eine Kapitalisierung der jährlichen Gewährleistung in 4prozentiger türkischer Staatsrente erhielt. Zunächst ist der Bau einer 200 Kilometer langen Strecke von Konya aus ins Auge gefaßt. Diese Teilstrecke wird über Karameh nach Crete geführt. Die Gesellschaft erhält nunmehr 64 Millionen Francs 4prozentige Staatsanleihe. Falls sich bei endgültiger Abmahlung der Linie ein Ueberschuß zu Gunsten der Regierung ergibt, wird dieser an die Regierung ausbezahlt. Die Gewähr für die Betriebskosten ist 4000 Francs für das Jahr und kleinerer gegeben, mit Teilung der Betriebsmaßnahmen über 10,000 Francs

pro Kilometer. Die Anatolische Bahngesellschaft wird für die Bagdabahn eine besondere Gesellschaft mit einem Aktienkapital von vorläufig 15 Millionen Francs errichten. Die in der Konzeption vorgesehenen Sonderrechte der Anatolischen Bahn verbleiben dieser, so ist insbesondere die Dauer der bisherigen Konzeptionen der Anatolischen Bahn Suda-Balka-Angora und Gesehbir-Konya verlängert und von jetzt ab der Kauf von neuem auf 99 Jahre festgesetzt. Das heute erschienene Trade genehmigt die Vereinbarungen.

* Man schreibt uns aus Tredde: Allgemein übertrifft ein Artikel der eisenbahn-offiziösen „Dresdener Nachrichten“, nach welchem die sächsische Verorientierung ad acta gelegt zu sein scheint. Das in erster Fassung mit der Generaldirektion der sächsischen Staatsbahnen stehende Blatt, welches bisher nicht müde wurde, das Lob der „Reform“ zu singen, schreibt heute sehr feilant:

Daß der Plan eines Reform des Verorientierung der sächsischen Staatsbahnen demnach Wirklichkeit wird, erscheint so gut wie ausgeschlossen. In der Debatte zu dem Reformprogramm war zwar gesagt worden, daß die Reform sobald als möglich, auch ohne den Beitritt anderer Eisenbahnverwaltungen abzuwarten durchgeführt werden solle, aber die Voraussetzungen, die dort für die Selbständigkeit des Vorgehens der sächsischen Staatsbahnverwaltung angeführt wurden, können heute in keiner Beziehung mehr als zureichend angesehen werden.“

Als Kommissionsmitglied für ein gelebendes Vorgehen Schenck bezeichnen die „Dr. N.“ auf Grund der Denkschrift die Annahme, daß auf eine überweltende Reform für ganz Deutschland nicht zu rechnen sei, daß aber der Vorantritt Schencks bahnbrechend wirken werde. Letzteres habe sich nicht erfüllt, da von Preußen, also von der maßgebenden Seite, der sächsische Reformplan abgelehrt worden sei. Andererseits habe der preussische Eisenbahnminister Buder sich im Landtag und Reichstag für ganz Preußen, für eine Einheitlichkeit der Gestaltung des gesamten deutschen Eisenbahnnetzes, sowie dafür ausgesprochen, daß Preußen zu dem Ende mit den übrigen Bundesstaaten in Verhandlung treten müsse.

* Ueber die Frage der Einführung einer Brauereiaufsicht in der norddeutschen Brauereiverwaltungsgesellschaft schreibt uns unser Korrespondent aus Gießen: Soeben gelangt die erste amtliche Mitteilung in die Öffentlichkeit, daß sich die Reichsregierung mit dem Plane der Abänderung der Brauereiverordnung bzw. Einführung einer Brauereiaufsicht nach bayerischem Muster rät. Durch die Einführung einer Staatseinführung würden die kleinen Brauereien entsetzt werden, die Großbetriebe hingegen mit einer höheren Brauereiaufsicht als bisher zu rechnen haben.

Stärke und Schiffe.

* Wie sich nunmehr herausstellt, ist die triumphierte Mitteilung des Kreuzerherren Zentrums falsch, wonach die Regierung dem Kreuzerherren Bürgermeister Reichstein in der Weitervertrieb seiner Flugschrift „Nach ein Schreiben an Herrn Bischof Korum in Sachen der Kreuzerherren höheren Töchter“ unterlag haben sollte. Die Proklamation wird vielmehr nach wie vor von dem Verleger Voigtländer in Kreuznach vertrieben.

* Ein bestreuerter Stelle in Berlin wird die mehrfach von der Presse vertretene Auffassung, daß der Rüdizg Korum bereits sicher sei, für verfehlt erklärt.

Parlamentarisches.

* Die Streichungen im Heeres-Etat, die durch die Budgetkommission vorgenommen worden sind, belaufen sich im ganzen auf 8,665,710 M. Die Bewilligungen betragen 569,855,830 M.

* Die Budgetkommission des Reichstages erledigte gestern die fortzubehaltenen Ausgaben des Marineetat unter folgenden Abschnitten: Kapitel 45. Bei Titel 1, welcher je 4500 M. Bewilligungszug für 4 Seeoffiziere als Departementsoffiziere fordert, werden 4000 M. gestrichen. Kapitel 48. Tit. 1, 2100 M. für einen Intendantenposten wird abgelehrt, ebenso Tit. 2, 3000 M. für Intendantenposten und Registratoren. Kapitel 49. Titel 2a, 3000 M. für Justizbeamte, wird gestrichen. Kapitel 51. Die Geldverpflegung der Marineoffiziere von neuangeordneten Stellen, 2 Kapitänleutnants zur See, 7 Freigantensposten, 2 Kapitänleutnants, wurde gestrichen, und 20 Leutnants zur See werden zugelegt. Kapitel 58. Titel 2a, 100,000 M. für Ausbildung von Schiffsbefehlshabern wird abgelehrt. Zu Kapitel 60, Aufrechterhaltung der Flotte und Werften Titel 2, Betriebspersonal, wird eine Resolution Semler angenommen, den Reichstanzler zu erlauben, für den nächstjährigen Etat eine Erhöhung des Höchstgehaltes für Führer, Steuerleute, Maschinenführer von Werften, Schiffsmechanikern, Schwimmboten, Schwimmbuden, sowie der Schiffsmechanikern in Erwägung zu ziehen. Titel 3, 4500 M. für drei Reichsbuchhalter, wird gestrichen. Die übrigen Artikel bis 64 werden nach der Vorlage bewilligt. Nächste Sitzung heute vormittag 10 Uhr.

* Die freistimmigen Abgeordneten Edhoff und Dr. Müller-Sagan haben im Reichstage folgende Resolution zur zweiten Beratung des Reichsbudgets eingebracht: Der Reichstag wolle beschließen: den Herrn Reichstanzler zu erlauben, dafür Sorge zu tragen, daß im Reichsbudgetetat für das Rechnungsjahr 1904 die fernöstlich geborenen Lehrer an den Universitäten zu erhalten. Den Unterstaatssekretären und dem Militär-Stabsbesprechungs-Ausschuß den fernöstlich geborenen Lehrern an den Kadettenanstalten bezüglich ihrer Verleihung gleichgestellt werden.

* Nach einem den württembergischen Ständen zugegangenen Nachrichten sind, insbesondere für Verbesserung der Reichsbahnarbeiten, 42,500,000 M. als neue Budget. Anleihe aufzunehmen, davon 19,500,000 M. im laufenden Sommer un-



